

Abschiebung tibetischer Flüchtlinge aus Nepal

Nach der Rückkehr von König Birendra und Außenminister Lohani erfolgte nach etwa einjähriger Pause die erneute Abschiebung tibetischer Flüchtlinge. Mindestens 200 wurden im vergangenen halben Jahr in Nepal festgenommen, davon mindestens 20 Anfang September deportiert. China erkaufte sich die Loyalität Nepals zunehmend durch großzügige Entwicklungshilfe und verlangt dafür seit Jahren das Zugeständnis, daß "Tibet integraler Bestandteil Chinas" sei. Dabei verdrängen die heutigen Machthaber Nepals ihre uralten Beziehungen zu Tibet als souveränem Staat. Tatsächlich hatte das Himalaya-Königreich bei seiner Aufnahme in die UNO 1949 als Bewerbungskriterium betont, diplomatische Beziehungen zu Tibet als "unabhängigem" Land zu haben. 1959 nahm Nepal eine große Anzahl tibetischer Flüchtlinge auf. Noch heute leben 15.000 bis 20.000 Tibeter in Nepal. Darüber hinaus gehört das gesamte Hochgebirge zum tibetischen Kulturkreis.

1989 stieg die Zahl der Flüchtlinge, von denen die große Mehrheit nach Indien will, wieder kontinuierlich an. Jeden Monat flüchten durchschnittlich 250 Tibeter, unter ihnen viele Mönche, Nonnen und Kinder, über hohe, gefährliche Himalaya-Pässe nach Nepal, wo sie in der Hauptstadt Kathmandu vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, registriert werden. Genaue Zahlen sind jedoch unbekannt, da viele Flüchtlinge direkt nach Indien ziehen können oder bereits an der Grenze - entgegen gültigem Völkerrecht - abgeschoben werden. Die Chinesen haben dafür hohe Fangprämien ausgesetzt.

Ganz offiziell wurden in den vergangenen Jahren mehrere hundert Flüchtlinge von Kathmandu aus deportiert. Abgeschobenen Flüchtlingen drohen durchgängig Folter, Gefängnisstrafen oder Arbeitslager. Viele Tibeter und Tibeterinnen, darunter Kinder, verloren auf der Flucht ihr Leben oder er-

litten schwere Erfrierungen. Touristen und Bergsteiger sind meist die einzigen Augenzeugen, die über die Flüchtenden berichten.

Nepal geht auch deshalb vor China in die Knie, um die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zum "großen Bruder Indien" zu verringern. Die nepalische Presse verbreitet unterstützend seit Jahren immer wieder - unbestätigte - Gerüchte über Waffenlager in buddhistischen Klöstern in Nepal und Tibet.

Die chinesische Regierung läßt unablässig nepalische Journalisten zu luxuriösen Informationsreisen ein. Die staatliche Nachrichtenagentur 'Xinhua' schloß gerade einen Kooperationsvertrag mit der einzigen Agentur Nepals (RSS) ab, die sich ebenfalls in Regierungsbesitz befindet.

Am 22. August gab unterdessen die chinesische Tageszeitung 'Tibet Daily' bekannt, daß die Bewachung der Grenze zu Nepal durch paramilitärische Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei verstärkt würde. China bekämpft seit Monaten tibetische Forderungen nach Unabhängigkeit und freien religiösen Aktivitäten mit besonderer Härte. Alle Bilder des Dalai Lama mußten aus Klöstern wie aus Privathäusern verschwinden. Nepals Premier Deuba erneuerte im Juni sein Versprechen, sein Land werde "niemals einen Besuch des Dalai Lama erlauben". Als Hindu verwehrt er damit auch seinen zahlreichen buddhistischen Landsleuten einen langersehten Wunsch. Friedliche Demonstrationen, die in Nepal die Einhaltung der Menschenrechte in China und Tibet fordern, werden gewaltsam von Sicherheitskräften beendet, Demonstranten verhaftet, Tibeter in Vorbeugehaft genommen. In der Vergangenheit haben bereits mehrere Länder und Menschenrechtsorganisationen gegen die Abschiebep Praxis Nepals und die Verhaftungen protestiert.

Ludmilla Tüting

Mahakali River Projekt

von Ram Pradhan

Mit dem allgemein als entscheidenden Durchbruch empfundenen Beschluß hat das nepalische Parlament am 21. September mit großer Mehrheit den nepalisch-indischen Vertrag zur integrierten Entwicklung der Region entlang des Mahakali Flusses ratifiziert. Diese Region schließt eine Reihe von Dämmen und Einzelprojekten im zwar peripheren, aber strategisch wichtigen äußersten Westen Nepals ein. Premierminister Sher Bahadur Deuba bezeichnete diesen Mehrheitsentscheid als einen "Sieg für alle", während der federführende Minister für Wasserressourcen, Rashupati Rana, sogar von einem "Sieg der Demokratie" sprach. Mit dieser Entscheidung wurde zudem der Verfassungsartikel 126 bestätigt, der erst 1990 nach Auflösung des parteilosen 'Panchayat'-Systems eingeführt wurde. Dieser Artikel fordert für die Ratifizierung internationaler Verträge eine Zwei-Drittel-Mehrheit in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser.

Seit Beginn der Verhandlungen zwischen Nepal und Indien war offensichtlich, daß die Deuba-Regierung diesen Vertrag im Parlament nur mit Unterstützung der 'Communist Party of Nepal - United Marxist-Leninist' (CPN-UML), der wichtigsten Oppositionspartei, verabschieden konnte. Die Koalition aus 'Nepali Congress', 'Rastriya Prajatantra Party' (RPP) and 'Nepal Sadbhavana

Party' (NSP) allein war hierzu zu schwach. Die Unterstützung durch die CPN-UML galt bis zu dem Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung durch die Regierung eigentlich als sicher. Doch gemeinsam mit einer Fraktion der RPP unter Leitung des früheren Premierministers Lokendra Bahadur Chand unterstützte die CPN-UML ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung und forderte

Neuverhandlungen des Mahakali Vertrags.

Trotzdem hielt die Deuba-Regierung daran fest, die Vertragsratifizierung in der laufenden Legislaturperiode durchzuführen. Nachdem Anträge der CPN-UML zum Aufschub keinen Erfolg zeigten, forderten sie schriftliche Erklärungen zu einzelnen Aspekten sowohl von der nepalischen wie auch von der